„Weil ohnehin im Felde Weiber zum Waschen gebraucht werden . . .“

Schwäbisch Gmünd vor 200 Jahren – Das Jahr 1800

Klaus Jürgen Herrmann

Samstag, den 4. Januar 1800 im Rat

Schreiben vom Reichstag in Regensburg: Erinnert wird an Zahlungsrückstände zur Reichsoperationskasse, also zur Kriegskasse der Reichsarmee: *Sobald als möglich an denen Rükständen etwas abzuführen* vermerkt das Protokoll.

Die Firma Wolf Levi et Compagnie hat beim Gmünder Kassieramt 2800 fl. angelegt und will, dass die Summe so schnell wie möglich auf ein Konto nach Lindau überwiesen wird. Es wird beschlossen: Dem Juden Wolf Levi et Compagnie gewährt man nur eine *Abschlagszahlung*. Es fehlt eben das Geld.

Der Schwanenwirt Michael Wörner wird vor den Rat bestellt: Am Neujahrsabend 1800 wurde aus seiner Kneipe geschossen und der gerade vorbeigehenden Stadtpatrouille *beynahe unter die Füße*. Der Schwanenwirt erwidert, er könne sich nicht so intensiv um seine Gäste kümmern, dass er jedes Mal aufpasse, wer aus der Wirtsstube gehe und wie das neue Jahrhundert begrüße.

Da man genau weiß, wer da geschossen hat – nämlich der Sohn des Schmiedes K. – solle der zum nächsten Ratstag einberufen werden. Am **8. Januar 1800** wird er dann *wegen dem Schiesen im Neujahr Abend* mit 10 Reichstalern (= 20 Gulden) bestraft.

Samstag, den 11. Januar 1800 im Rat

Vor dem Rat erscheint die *ganze Gemeinde von Herlikofen* und bittet um Erlass der noch ausstehenden Steuern von 279 Gulden und um Freilassung der deswegen *arretierten Gemeinsglieder,* da es ihnen unmöglich sei, das Geld *beyzuschaffen.* Die Antwort des Magistrats ist knallhart: *Sehr unliebsam müße Wohllöblicher Magistrat wahrnehmen, daß ganz . . . widrig die ganze Gemeinde bey gesessenem Rathe vorstehe und werde Ihnen anmit solches nachdrüksamst verwiesen, anbey auch eröffnet, daß mann hierinfals keine Nachsicht gestatten könne und bleiben auch die Gemeindsglieder in so lange im Arrest bis sie bezahlt haben.*

Daraufhin bietet die Gemeinde an, gegen Freilassung der Gemeindemitglieder jetzt sofort einen Teil der rückständigen Steuern zu bezahlen. Entscheid des Magistrats: Das Herlikofer Angebot wird angenommen, die Arretierten freigelassen, aber es muss die ganze Summe bezahlt werden.

Dienstag, den 14. Januar 1800 im Rat

Neujahrscour auf dem Rathaus. Amtsbürgermeister Schedel wünscht dem Rat und der viceversa dem Amtsbürgermeister alles Gute. Und dann geht die Arbeit weiter:

Die A., *welche an der Lustseuche krank darnieder liegt,* will nicht ins Spital aufgenommen werden. Sie ist zur Zeit in der Wohnung des T., der sie versorgt. T. soll dafür täglich 20 Kreuzer erhalten – die Hälfte vom Spital, die andere Hälfte von der Armenkasse – und dazu noch einiges Holz vom Spital.

Sternwirt Klaiber ersucht um die Erlaubnis, *einen maskierten Ball halten zu dürfen.* Wie im Vorjahr beschlossen, werden zwei Soldaten ins Haus gelegt *auf des Wirts Kösten* und *um 1 Uhr alles beendigen und aus dem Wirthshaus.* So einen Skandal wie im vergangenen Jahr mit dem zweiten Stadtarzt Dr. Kehringer und dem Advokaten Dr. Mühleisen will man um jeden Preis vermeiden. (Vgl. einhorn Jahrbuch 1999)

Fasching wird in diesem Jahr im übrigens besonders ausgiebig gefeiert. Dominikus Debler vermeldet für die Monate Januar und Februar allein zehn Maskenbälle in sieben Schwäbisch Gmünder Wirtschaften.

Dem von seiner Mutter *zurückgelassenen unehelichen Knaben Sch.* wird für *Kurkosten zu seinem wunden Arm* 7 Gulden angewiesen und zwar 2 Gulden von der Waisenpflege, 2 Gulden von der Katharinapflege und 3 Gulden von der Armenkasse.

Mittwoch, den 15. Januar 1800 im Rat

Der Reichshofratsagent von Fichtel aus Wien, der dort für die Reichsstadt an der Rems tätig ist, schickt seine jährliche Rechnung, die vom Kassieramt bezahlt werden soll.

Der Goldschmied Vincent G. und der Bader V. haben den Magistrat, das k. k. Militär wie die Stadtsoldaten auf das wüsteste beschimpft. In Anwesenheit des k. k. Korporal müssen sie Abbitte leisten, eine saftige Geldstrafe erlegen und die Gerichtskosten übernehmen.

Samstag, den 18. Januar 1800 im Rat

Herr Ratskonsulent Stadlinger berichtet u. a. über Verhandlungen mit dem Grafen Schenk von Castell in Oberdischingen wegen dessen Privat-Zuchthaus. Am **21. Januar 1800** beschließt der Magistrat, die vom Schenken geforderten jährlichen 300 Gulden zu bezahlen, da man für dieses Geld *viele Arrestanten* hinschicken könne. Am **1. Februar 1800** wird das unterschriftsreife Papier wegen einiger Unstimmigkeiten noch zurückgehalten, bis eine Nachfrage im Detail beim Schenken zur Zufriedenheit der Stadt geklärt ist. Am **27. März 1800** kommt die Rückantwort des Grafen, die auch die Reichsstadt befriedigt. Danach kann Schwäbisch Gmünd für seine jährliche Zahlung von 300 Gulden 8 Personen ohne weitere Zahlung ins Zuchthaus *einschicken*, ab der 9. Person *aber solle eine weitere Bezahlung geleistet werden.*

Den **10. Mai 1800** schickt Reichsgraf Schenk von Castell dann eine Rechnung für den Untertanensohn Johann H. aus Reichenbach über 16 Gulden und 56 Kreuzer. Die Rechnung muss natürlich der Vater des *Züchtlings* bezahlen.

Wird einem Scherenschleifer aus der Schweiz für drei Tage erlaubt, *die königlich-kaiserliche chirurgische Instrumente* im Lazarett zu schleifen, *weil solche hierorts nicht gehörig geschliffen werden können.*

Große Krisensitzung auf dem Rathaus. Jetzt ist es auch offiziell: *Die Stadt ist pleite.* Anwesend sind von der Administration die Bürgermeister Beiswinger und Beiz, Oberstättmeister Dr. Doll, Ratssyndikus Roell, Ratskonsulent Stadlinger, Stättmeister Botzenhardt, Ratssekretär Herlikofer, von der Kirche Stiftspropst Kratzer und von der Bürgerschaft Herr Achilles von Stahl und der Goldschmied Anton Ott:

Es geht darum, dass Gmünd Naturalien sowohl nach Canstatt an die kaiserliche Armee wie nach Ulm für den Nachschub abliefern muss. Gefordert sind noch in diesem Monat an Mehl 1250 Zentner, an Hartfutter 13 127 Malter und an Heu 11 000 Zentner. Davon hat die Stadt schon abgeliefert an Mehl 560 Zentner und 84 Pfund, an Hartfutter rund 5097 Malter und an Heu 5646 Zentner und 48 Pfund. Da man die restlichen Mengen noch nicht abtransportieren konnte, hat man in Ulm bereits eine *Exekutionstruppe* – bestehend aus einem Offizier, drei Korporalen und 36 gemeinen Soldaten – zusammengestellt, die das Erforderliche

in Gmünd eintreiben soll. Nur auf inständiges Bitten des Gmünder Ratskonsulenten Stadlinger, der persönlich in Ulm anwesend ist, hat man vorerst von dieser Exekution abgesehen, will die gesamte Lieferung aber noch in diesem Monat. Das Problem des Gmünder Magistrats ist weniger, die geforderte Menge an Naturalien aufzubringen, als das Geld für den Versand nach Canstatt und Ulm aufzutreiben. Um an Geld zu kommen, diskutiert man drei Möglichkeiten: 1. *Verkauf von Gemeindeland an private Käufer, 2. Verleihung des Gartenrechts für alle bei der Stadt liegenden Güter gegen Bezahlung* d. h. dort können dann auch Kartoffeln, Zwiebeln etc. angebaut werden und 3. *Güter aus Stiftungen („Heiligengüter") an private Anleger abzugeben.*

In der Stadtkasse selbst befinden sich zu diesem Zeitpunkt gerade noch 600 Gulden an barem Geld: 300 Gulden borgt sich der Amtsbürgermeister Beitz aus einer stadtfremden Kasse, der *Vacierenden Pfründe* und hofft, das Geld mit den Erlösen aus dem Verkauf der *Heiligengüter* zurückzahlen zu können, 300 Gulden schießt der Stiftspropst Kratzer aus der Kirchenkasse hinzu mit dem Bemerken, die Stadt müsse die Summe in einem Vierteljahr zurückbezahlen. Mit diesen 600 Gulden soll – um die Exekution durch die Soldaten abzuwehren – am Freitag den 24. Januar *ein Transport mit Naturalien* mit zwei Spitalfuhrwerken und einem Fuhrwerk vom Kloster Gotteszell nach Canstatt abgehen. Da die zur Sitzung eingeladenen Herren als Nebenjob alle diverse Kassen betreuen, so kommt bei der Nachfrage einiges Kleingeld in die Stadtkasse: Oberstättmeister Dr. Doll entnimmt der *Steinhäuserischen Testamentspflege* 300 fl., Ratskonsulent Stadlinger 120 Gulden aus der Separatkasse – obwohl dort nur 80 fl. flüssigen Geldes vorhanden sind.

Da der Transport aber 1500 fl. kostet, fehlen immer noch 1100 Gulden. Resignierend vermerkt der Ratsschreiber: *Wie die Lieferung vollzogen, durch wen die Transportierung geleistet und was hiefür bezahlt werden solle pro Zentner solle bey nächst abzuhaltenden Deputation berathet werden.* Oder anders ausgedrückt: Woher das Geld nehmen?

Freitag, den 24. Januar 1800 im Rat

Erneute Krisensitzung auf dem Gmünder Rathaus. Anwesend sind dieselben Herren, diesmal vermehrt von der Bürgerschaft um Herrn Georg Debler. Es geht heute darum, die *bey der Invasion der Franzosen* im Jahr 1796 versprochenen beträchtlichen Geldsummen aufzubringen. Wieder werden verschiedene Varianten der Geldbeschaffung diskutiert. 1. Verkauf der Viehweiden, 2. Verkauf von Gemeindeland und Allmandplätze, 3. Verleihung des Gartenrechts für die bei der Stadt liegenden Güter gegen Bezahlung. Nach langem Diskutieren – für und wider – ist man der *allseitigen Meinung,* dass dies alles nichts bringt und man nur die *Heiligengüter* versilbern will. Der vor den Rat zitierte Fachbeamte, Spitalmeister Köhler, wendet dagegen ein, dass *der Ertrag von den verkauft werdenden Heiligen Gütter bey weittem nicht so ergiebig, als man geglaubt, ausfalle.* Daher beschließt man jetzt, doch noch zusätzlich Gemeindeland an private Käufer abzugeben.

Donnerstag, den 30. Januar 1800 im Rat

Krisensitzungen im Rathaus kann man fast schon als normal bezeichnen. Beraten werden muss durch eine Deputation diesmal: 1. Aufstellung und Ergänzung des reichsstädtischen Infanterieregiments, 2. *Dessen Armierung, Montierung und Equipierung* und 3. *Aufbringung der zur Bestreitung dieses Aufwandes erforderlichen Geldmittel.*

Mitglieder dieses Unterausschusses sind: Bürgermeister Beiswinger, Oberstättmeister Dr. Doll, Ratssyndikus Roell, Ratskonsulent Stadlinger, die Kassierer Steinhauser, Herzer und Deibele sowie der Ratssekretär Herlikofer als Aktuar.

Nach der Anforderung der kaiserlichen Armee und der Reichsarmee vom 9. Januar soll

Gmünd 171 Mann zur Infanterie stellen. Die Antwort der Deputation klingt fast lyrisch: *... so wird es bey gegenwärtig leidigen Umständen, bey fast gänzlicher Entkräftigung und nach so vielen erlittenen Drangsaalen noch weniger möglich seyn, die Mannschaft ... aufzustellen, zu verpflegen und zu unterhalten.* Da *die Bevölkerung hiesiger Stadt und dazugehöriger Landschaft höchstens 10000 Seelen erreiche, würde es genüglich seyn, wenn die Zahl der Mannschaft auf 100 Mann angenohmen werden sollte.* Die 100 Mann könne man durch Anwerbung Freiwilliger – gedacht ist an ein Handgeld von drei Carolin – und durch Neuanwerbung desertierter Soldaten aufbringen. Erst wenn durch diese Maßnahme die Sollstärke von 100 Mann nicht erreicht wird, sollte man dies durch *Auslosung* bei den Männern der Stadt wie der Landbevölkerung zwischen 18 und 36 Jahren erreichen. Kleine Unterschiede gibt es aber in diesem *gerechten System* dennoch: So werden die Bürgersöhne ungleich besser gestellt als die Söhne der Landbevölkerung, denn sie sollen nur ein Drittel der benötigten Mannschaft stellen. Der wichtigste Punkt des von der Deputation ausgearbeiteten Papiers lautet: Wie sind die Mittel aufzubringen? Das Stättmeisteramt geht in einer ersten Rechnung davon aus, dass 100 Mann rund 143000 Gulden kosten, die – natürlich – durch neue Steuern und Umlagen bei den Bürgern und Landesuntertanen aufzubringen sind. Diese Summe enthält aber noch nicht die sogenannten Requisitionen an die Reichsarmee und die Franzosen, die im schlimmsten Fall auf 100000 Gulden, im günstigen auf 50000 Gulden geschätzt werden (im Ratsprotokoll *wahrscheinlicher Ansaz).* In einer außerordentlichen Ratssitzung am **1. Februar 1800** beschließt der Magistrat das vorgelegte Papier mit einigen Verschärfungen. So sollen beispielsweise Bürgersöhne oder Söhne von Beisassen, die sich der *Auslosung* zum Militär durch die Flucht entzogen haben oder noch entziehen wollen, bei ihrer späteren Heimkehr nach Gmünd *auf zeitlebens an das K.K. Militair abgegeben werden.* An Ratskonsulent Stadlinger ergeht die Weisung, alle Söhne von Beisassen sowie *die unehelichen Kinder welche von Ihren Eltern verlassen dem Staate zum Last fallen* sofort zu rekrutieren.

Auch die Geistlichkeit hilft bei der Musterung, weil sie als einzige Institution über die geforderten Daten verfügt: Stiftspropst Kratzer muss eine Rekrutierungsliste aller männlichen Bewohner Schwäbisch Gmünds, die zwischen dem 1. Januar 1762 und dem 31. Dezember 1782 geboren sind, aufstellen. Dazu braucht er nur in sein Taufregister zu schauen.

Samstag, den 1. Februar 1800 im Rat

Die Sitten sind rauh und derb, auch noch an der Schwelle zum angeblich aufgeklärten 19. Jahrhundert: Original Gmünder Ratsprotokoll: *Wurden dem Peter S. seiner Tochter, welche die Lustseuche im höchsten Grade hatte, 15 Stockstreiche gegeben und 3 Mal 24 Stund gespert.* Ob das gegen die Lustseuche geholfen hat?

Montag, den 3. Februar 1800 im Rat

Im Spital beraten sich die wichtigsten Gremien der Stadt und nehmen Stellung zu den Vorschlägen der Deputation über die Ergänzung des reichsstädtischen Infanterieregiments auf 171 Mann und über die Bezahlung und Unterhaltung dieser Soldaten. Anwesend sind von Seiten des Magistrats die Bürgermeister Beiswinger und Beiz, Oberstättmeister Dr. Doll, Ratssyndicus Roell, Ratskonsulent Stadlinger, Stättmeister Botzenhard und Ratssekretär Herlikofer als Protokollführer. Die Bürgerschaft entsendet die Herren Achilles von Stahl, Georg Debler und Anton Ott. Von den Zünften sind anwesend die Herren Oberachtmeister Johann Herzer für die Händler, Sebastian Knoll für die Schneider, Nikolaus Forster für die Goldschmiede, Johann Rudolph für die Bäcker, Bernhard Gfrereis für die Gerber, Johann Köhler für die Wirte, Johann Vogelhund für die Metzger, N. Toma für die Schuster und Jo-

hann Rohrmoß für die Müller. Alle Gremien gehen mit dem Vorschlag der Deputation überein, durch Verhandlungen zu erreichen, dass statt 171 Mann nur 100 Mann aufgestellt werden müssen. Hinsichtlich der Musterung der Bürgersöhne kommen von seiten der Herren Achilles von Stahl, Georg Debler und Anton Ott die stärkste Ablehnung mit dem Argument, *seye noch nie in hiesiger Reichsstadt eine Auswahl vorgenohmen worden.* Man plädiert von dieser Seite dafür, die Bürgersöhne bei der Rekrutierung möglichst zu schonen und mögliche Freiwillige durch ein attraktives Werbeangebot anzulocken. Man müsse diesen dann *ansehnliche Handgelder geben und die Dienstzeit auf 2 Jahre festsetzen.*

Diesen Vorschlag unterstützen auch die Vertreter der Zünfte. Hinsichtlich der Finanzierung treten alle der Auffassung der Deputation bei, die *Heiligengüter* so schnell wie möglich zu versilbern. Ein neuer, interessanter und zusätzlicher Finanzierungsvorschlag läuft darauf hinaus, die auf den Gütern lastende Grundsteuer abzulösen und zwar für jeden Kreuzer mit einem Gulden. Beide Finanzierungsmodelle werden nach Diskussion angenommen.

Dienstag, den 4. Februar 1800 im Rat

Im Jahr 1799 sind der Möhnhofbauer N. und seine Söhne durch allerhand groben Schabernack aufgefallen. Besonders mit dem württembergischen Oberamtmann von Heubach lagen sie im Clinch, haben sogar die Grenzsteine zu Württemberg *herausgerissen* und versetzt. Württemberg hat mehrmals energisch die Bestrafung der N.'s verlangt, Gmünd die Sache in die Länge gezogen, immer wieder neue Untersuchungen angestellt. Nun ergeht das reichsstädtische Urteil: Der Möhnhofbauer N. wird freigesprochen, seine beiden Söhne aber auf acht Tage Gefängnis im Waisenhaus verdonnert, wobei es strafverschärfend nur alle zwei Tage warmes Essen gibt. Die Prozesskosten und sonstige Kosten – neue Grenzbegehung, neue Steinsetzung – sind ebenfalls von ihnen zu übernehmen. Die verhältnismäßig milde Strafe – allerdings wird bei Wiederholung eine *empfindliche Strafe* angedroht – ermutigt den Möhnhofbauer zu einem neuen Eingeständnis: Nicht beide Söhne hätten die Grenzsteine verrückt, sondern nur einer, während der andere *einen müßigen Zuschauer gemacht habe.* Daraufhin ermäßigt der Magistrat die Strafe für den *müßigen Zuschauer* um die Hälfte auf vier Tage. Württemberg gibt sich mit diesem Urteil aber nicht zufrieden. Am **4. März 1800** wird im Rat ein diesbezügliches Schreiben des Oberamtmanns Kapf aus Heubach beraten, das – wie das Protokoll vermerkt – einige *gehässige Ausdrücke* enthält. Mit einiger Empörung weist der Gmünder Rat deshalb die Urteilsschelte als unbegründet zurück.

Das Schießen mit Gewehren aus den unterschiedlichsten Anlässen nimmt überhand und wird gefährlich. Der Magistrat verbietet deshalb allen Bürgern, *bey Kindstaufen, Praemizen, Rathsherrn Wahlen oder Pfarrhofgehen in Zukunft* Freudenschüsse abzugeben. Der Grund zu diesem Dekret: siehe unter 4. Januar.

Wie gesagt: Die Zeiten sind schlecht, der Krieg verhindert Geschäfte und Geldverdienen, die Zahl der Armen in der Stadt wächst stetig: Stiftspropst Kratzer – als Vorsteher der Armenkasse – legt für das vergangene Jahr die Rechnung dem Magistrat zur Billigung vor und regt an *hierbey in Erinnerung zu bringen . . . man möchte auf Mittel denken, um die a proportion der Seelen zu groß und übertriebene Anzahl denen Armen in hiesiger Stadt zu verringern. Auch möchte das Verbot, keine Eigenbrödtler in der Stadt zu gedulden, strenge gehalten werden.* Kratzer weist ebenfalls darauf hin, dass man auch unbedingt das Fechten – also das Betteln und Schnorren – der Handwerksburschen in der Stadt abstellen müsse.

Mittwoch, den 5. Februar 1800 im Rat

Brand in der Behausung des Waldhornwirts Philipp Walter auf dem Marktplatz 32 am 3. Februar morgens um vier Uhr. Nach ersten Untersuchungen stellt sich heraus, dass sich dürres

Holz entzündet hat. Vor dem Rat werden auch die zwei Mägde des Waldhornwirts befragt, die beide leugnen, das dürre Holz in die Wohnung gebracht zu haben. Der Magistrat beschließt, die Brandursache genauer untersuchen zu lassen und entscheidet am **8. Februar 1800** in einer Ratssitzung, dass die Waldhornwirtin wohl Schuld am Ausbruch des Feuer habe. *Ihre Unachtsamkeit mit dem Feuer* wird gerügt und beide Dienstmägde gleich mit abgestraft: *2 mal 24 Stunden ins Waisenhaus in Arrest.*

Die Schwäbisch Gmünder Dragoner werden zu Infanteristen degradiert. Das Laufen zu Fuß versüßt der Magistrat den ehemaligen Reitern mit einem Handgeld von zwei Talern. Am **8. Februar 1800** vermerkt das Protokoll *wohlgefällig,* dass *5 Dragoner aus freyem Willen zur Infanterie* gewechselt sind. Als Belohnung wird zweien, R. und W., sofort die Hochzeit erlaubt; die anderen drei – alles Söhne von Beisassen in der Stadt – wird bei ihrer Rückkehr das Bürgerrecht unentgeltlich verliehen – das kostet wenigstens kein Bargeld, das man dann in ihren Sold stecken kann. R. hat mit dem Heiraten vorerst aber kein Glück. In derselben Ratssitzung klagt Anna Maria H. gegen ihn, weil er ihr noch 40 Gulden schuldet. Man entscheidet, dass er so lange nicht heiraten dürfe, bis diese Schulden beglichen seien.

Samstag, den 8. Februar 1800 im Rat

Bildung einer neuen Kommission, bestehend aus Bürgermeister Beiswinger, Oberstättmeister Dr. Doll, Ratssyndikus Roell, Ratskonsulent Stadlinger, Kassier Deibele und Ratssekretär Herlikofer als Aktuar, die die Modalitäten zur Rekrutenwerbung für das neu aufzustellende Kreisinfanterieregiment bei den Landesuntertanen festsetzen soll. Entscheidend bleibt, dass zwei Drittel der zu stellenden hundert Mann vom Land kommen werden. Das Losverfahren wird nach den Ämtern auf dem Land Donnerstag, Freitag und Samstag durchgeführt. Bis Dienstag, den 11. Februar, müssen alle Ortsvorsteher informiert sein.

Dienstag, den 11. Februar 1800 im Rat

Aus Meersburg kommt ein Preisangebot für die Uniformen der neu aufzustellenden Infanterieeinheit. Die *Infanteriemontur mit dem erforderlichen Lederwerk nach dem dermaligen neuesten k. k. Zuschnitt* soll jetzt auch in der Stadt Gmünd selbst ausgeschrieben werden, *ob niemand Lust habe um den nehmlichen Preiß solches zu liefern.*

Hauptmann Döring aus Ludwigsburg berichtet dem Magistrat, dass Anton B. aus Unterbettringen sich nach gewährtem Urlaub nicht mehr zur Truppe zurückgemeldet hat.

Die Bauamtsrechnung vom 1. Januar 1799 bis 31. Dezember wird von Senator Bez zur Prüfung vorgelegt und genehmigt *unter Verdankung der gehabten Mühe.*

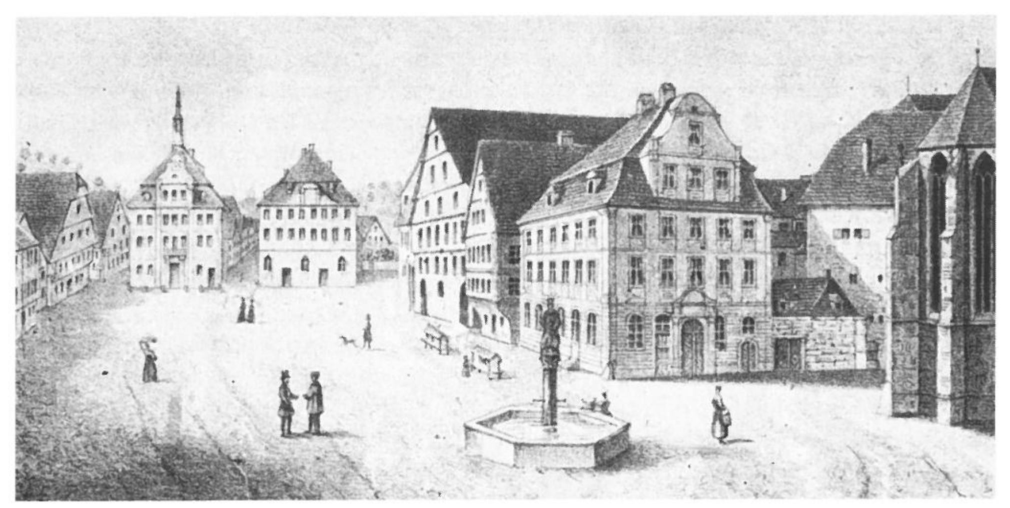
Die Soldaten Joseph M. und Peter J. bitten um Heiratserlaubnis, *weil ohnehin im Felde Weiber zum Waschen gebraucht werden.* Der Magistrat genehmigt in diesem Fall die Hochzeiten.

Die Frau des Johann Georg L. bittet für ihren Sohn Romanus um *Befreiung vom Militairdienst.* Der Antrag wird abgelehnt, dem Romanus aber bei guter Führung im Feld das Bürgerrecht bei seiner Heimkehr *unentgeltlich* versprochen.

Mittwoch, den 12. Februar 1800 im Rat

Zur Zeit sind alle, die freiwillig für die Reichsstadt dienen oder dienen wollen, die Lieblinge des Magistrats. Sie bekommen fast alles. Auch im Fall des gemeinen Soldaten Josef W., dessen zukünftiger Ehefrau man ohne weiteres das Bürgerrecht der Stadt verleiht – allerdings gegen die nicht gerade kleine Summe von 20 Gulden.

Die Rekrutierung unter den städtischen Bürgersöhnen im Losverfahren beschäftigt die Gemüter. Zwei ganz Schlaue sind der schon oben erwähnte Romanus L., Goldschmiedgesel-



Oberer Marktplatz um 1800. Der Chor der Johanniskirche zeigt sich hier noch in gotischer Gestalt.

le, und Augustin A., Schreinergeselle. Sie schließen einen Partnerschaftsvertrag mit einem Kapital von 50 Gulden unter folgenden Bedingungen: 1. Sollte es unter den Bürgersöhnen zur Auswahl für das Infanterieregiment kommen, geht L. zum Auslosen. 2. Wenn A. als untauglich befunden wird, geht L. für ihn zum Militär oder sorgt dafür, dass ein tauglicher Ersatzmann gestellt wird. 3. Das Kapital von 50 Gulden legt man beim städtischen Kassieramt zu – sage und schreibe – lumpigen 4 Prozent an. Soviel Bürgersinn belohnt der Magistrat mit Verleihung des Bürgerrechts – diesmal gratis und frei.

Die ersten Härten durch die Rekrutierung treten zu Tage: Der Beisasse Nikolaus E. bringt vor, sein Sohn sei zum *Militair Dienst wegenohmen und sein Weib elend kranck an einem unheilbaren Übel.* Er bitte deshalb um Unterstützung für sich und sein Weib, wahrscheinlich weil er selbst nicht mehr arbeiten kann. Der Magistrat befreit den Mann von der Bezahlung seines *Schutzgeldes.*

Um die Soldaten erstmals unterzubringen *wird die Fuggerey zu einer Kaserne gemacht.* (Debler V/2,555)

Auch in den Dörfern der Reichsstadt machen sich die Bauern Gedanken darum, dass ihre Söhne zum Militär müssen: In Dewangen ist man besonders schnell und schlau. Dort heuert die Gemeinde als Rekruten einen Johann Mayer aus Bayern an und schließt mit ihm als ersten einen Vertrag, der vom Magistrat anerkannt wird. Am **19. Februar 1800** schließt der gmündische Teil von Lautern einen Vertrag mit *ihrem Rekrouten, welche sie angeworben.* Es ist Johann H. aus dem rechbergischen Teil von Straßdorf, und die Hälfte des ihm gegebenen Anwerbungsgeldes muss er – man höre und staune – beim bankrotten Kassieramt in Schwäbisch Gmünd zwangsweise anlegen. Ebenso ergeht es dem *Ersatzrekruten* für die gmündischen Gemeinden Buch und Beuren, ebenfalls ein Freiwilliger aus Straßdorf-Gmünder Anteil. Und auch der für Weiler in den Bergen Geworbene, der Schwäbisch Gmünder Bürgersohn und Goldschmiedsgeselle Johann T., muss sein Geld zwangsweise der Stadt leihen.

Dem Vinzenz A., der zum Militär einrücken muss, wird ebenfalls bei guter Führung im Feld bei seiner Heimkehr das Bürgerrecht *gratis* versprochen.

Donnerstag, den 27. Februar 1800 im Rat

Um die Stelle des entlassenen Feldschers Reuth bewirbt sich Alois Vetter. Ehe man ihm die Stelle zusagt, soll er geprüft und für die Entscheidung dem Magistrat ein Papier erstellt werden. Am **1. März 1800** berichtet der Kanzlist Forster über das bestandene Examen und empfiehlt die Annahme Vetters. Der Magistrat stimmt der Einstellung jedoch nur für die *Kriegsdauer* zu.

Für das aufzustellende Kreisinfanterieregiment werden drei Korporale und ein Vizekorporal ernannt.

Es wird der Garten bei der Schmalzgrube – man braucht eben Geld – zum Verkauf an Private angeboten. Am **27. März 1800** geht der Garten für 300 Gulden an den Handelsmann Johann Nepomuk Zaiff. Wegen diesem Verkauf werden am **22. April 1800** die Stadtknechte beim Magistrat vorstellig: Sie haben bis jetzt diesen Garten für ihre eigenen Bedürfnisse nutzen können und bitten um eine Entschädigung, die bei den leeren Kassen der Stadt wahrhaft gönnerhaft ausfällt: Allen Stadtknechten wird bis an ihr Lebensende vier Gulden jährlich *als Entschädigung gereicht.*

Der Schwäbisch Gmünder Bürgersohn und neugeworbene Rekrut Johannes Blatner will vor seinem Ausrücken ins Feld vom Magistrat vier Punkte geklärt wissen: 1. Er wolle sein Handgeld bar auf die Hand. 2. Beim Militär solle man ihn als Feldzimmermann einsetzen, da er diesen Beruf erlernt habe. 3. Bei seiner Rückkehr verlange er die Anstellung als Stadtzimmermann. 4. Seiner kranken Mutter und Schwester sei zur Versorgung eine Spitalpfründe zu verschaffen.

In seiner Antwort auf diese Forderungen zeigt sich der Magistrat – man braucht ja die Soldaten – sehr kulant: 1. Das Geld wird ihm sofort ausgezahlt. 2. Man versucht, ihm die Stelle des Zimmermanns beim Regiment zu verschaffen. 3. Man habe die Absicht, ihn bei seiner Rückkehr als Stadtzimmermann oder zumindestens als Taglöhner im Zimmerhandwerk anzustellen. 4. Es seien zwar zur Zeit keine Pfründstellen im Spital frei, aber bei frei werdenden Stellen werde man an seine Mutter und Schwester denken.

Georg S. aus Schwäbisch Gmünd versucht es anders herum: Er will aus dem Militärdienst entlassen werden und bietet seinen Bruder als Ersatzmann an. Diesmal ist der Magistrat eisern, weil er befürchtet, eine positive Entscheidung in diesem Fall werde ein Hin- und Herschieben bewirken. Die Bitte wird also abgeschlagen, S. muss selbst zum Militär.

Die Zeiten werden rauher, die Leute wollen ihr Gespartes zurück. Aber das ist gar nicht so leicht. Das muss auch der Hofmeister Bommas von St. Katharina erfahren, als er nach einem ganzen Jahr Wartezeit (vgl. einhorn-Jahrbuch 1999) wieder einmal von der Stadt die *Aushändigung seines baaren Capitals von 3000 Gulden* fordert. Die Antwort des Magistrats spricht Bände: *Bestmöglichsten Bedacht nehmen, Ihme in Bälde zu bezahlen* – wobei niemand definiert, welchen Zeitraum „in Bälde" umfasst, zumindest, was die Realität in Schwäbisch Gmünd angeht, mehr als ein Jahr. Am **13. März 1800** scheint er endlich fast sein gesamtes Geld zu haben. Nur noch 500 Gulden fehlen ihm. Auch die fordert er nun zurück. Der Magistrat antwortet: *Bewilligt.*

Eine weitere Unsitte ist eingerissen: Die Bürger der Reichsstadt bedienen sich am Gebälk auf den Stadtmauern. Dadurch entsteht Lebensgefahr. Hantierungen an der Stadtmauer werden deshalb verboten. Wer dabei erwischt wird, muss mit einer Zuchthausstrafe im Privatzuchthaus des Malefizschenken in Oberdischingen rechnen, vermeldet der *Chronist Dominikus Debler.*

Sonntag, den 1. März 1800 im Rat

Der ältere und der jüngere H., beide ledige Bürgersöhne aus Schwäbisch Gmünd, haben et-

was verbrochen, was das Protokoll verschweigt. Verschwiegen aber wird nicht die drakonische Strafe: Der ältere H. wird – das trifft sich ja gut – dem Schwäbisch Gmünder Militär übergeben, der jüngere H. kommt mit einer achttägigen Gefängnisstrafe davon.

Ebenso wissen wir nichts genaues über das gröbliche Vergehen des N. B. von *Beuren an den Bergen:* Ihn schickt man – auch das kann die Stadt zur Zeit gut gebrauchen – zur kostenlosen 14-tägigen Schanzarbeit, wahrscheinlich nach Ulm.

Das Ratsprotokoll verzeichnet weitere Verträge gmündischer Dörfer mit angeworbenen Rekruten. Während alle diese Rekruten – wie gelesen – Teile ihres *Handgeldes* dem städtischen Kassieramt als Zwangsanleihe geben müssen, erhalten die angeworbenen Rekruten aus Iggingen das ihnen zustehende Geld, weil, wie es das Ratsprotokoll etwas sauertöpfisch, aber richtig vermerkt: *Da sie mehr zu Silber als zu löblichem Kassiramt das Zutrauen haben . . .*

Das alles kommentiert der Chronist Dominikus Debler: *Bei den Landesuntertanen wäre* [es] *wegen solcher* [Werbung] *bald zu einem gefährlichen Aufstand gekommen . . . Die Bauern wurden klüger, hielten zusammen und kauften sich Rekruten vor 150 bis 200 bis 300 Gulden, gaben auch Schuh, Hembder, Hosen, Frucht und Holz, wie sie nur einen Accord* [=Vertrag] *machen konnten und brachten auf diese Weise ihre Leute zusammen, ohne daß die Bauernsöhne* Soldaten spielen mussten. *Den 5. März 1800 sind nach Ulm abgegangen: Herr Hauptmann von Storr und Fähndrich Friedrich Philipp Herle mit 101 Mannen vom Feldwebel abwärts und sind auch fünf Soldatenweiber abmarschiert. Sie machten ihren Marsch nach Aalen bis Ulm in 4 Tag. Gott begleite sie.*

Mittwoch, den 4. März 1800 im Rat

Im vergangenen Jahr haben der Möhnhofbauer N. und seine Söhne den württembergischen Oberamtmann von Heubach zur Weißglut gebracht, als sie die Grenzsteine zwischen Württemberg und Gmünd versetzt haben. Württemberg hatte stets energisch eine harte Bestrafung der N.'s verlangt, Gmünd dagegen behandelte die Sache sehr dilatorisch und verurteilte nur die beiden Söhne zu einer milden Haftstrafe von acht bzw. vier Tagen. Nun glaubt Württemberg, dass diese Strafe zu gering ist. Der Magistrat weist die Urteilsschelte zurück, *glaube der Justiz Genuege geleistet zu haben* und verbittet sich im übrigen die in dieser schriftlichen Schelte vorkommenden *gehässigen Ausdrücke.*

Donnerstag, den 5. März 1800 im Rat

Das Pfund Ochsenfleisch wird vom Magistrat auf den Preis von neun Kreuzer festgesetzt.

Der Beisasse Johannes K. ist mehrmals beim Holzdiebstahl erwischt worden. Seine Strafe: *Solle der Beysass zur wohlverdienten Strafe mit 15 Stokstreichen öffentlich abgewandelt werden.*

Sonntag, den 8. März 1800 im Rat

Der im kaiserlichen Lazarett liegende Fürstlich-Würzburgische Infanterist Sch. hat offensichtlich bei einem Ausgang zum Schwarzochsenwirt einen Diebstahl begangen. Die Sache wird untersucht. Man wird nie mehr etwas von dieser Angelegenheit hören, sie verläuft offensichtlich im Sand oder wird wissentlich unter den Teppich gekehrt.

Die Herren Bürgermeister der Wohllöblichen Reichsstadt Schwäbisch Gmünd gehen mit gutem Beispiel voran. Obwohl beide genau wissen oder wissen sollten, dass sie ihr Geld nie mehr sehen werden, geben sowohl Bürgermeister Beiz als auch Bürgermeister Schedel der maroden Stadtkasse ein Darlehen von je 1000 Gulden zu einem Niedrigzinssatz von 4 Prozent.

Donnerstag, den 12. März 1800 im Rat
Der Oberamtmann Kuon von Alfdorf sucht den Schwäbisch Gmünder Joseph N. mit Spitznamen *Der Spiker* wegen Wilderei. Der Rat verspricht, den Gesuchten ausfindig zu machen *um denselben extra statum nocendi zu setzen* – ihn also in eine Lage zu versetzen, in der er keinen Schaden mehr anrichten kann – was auch gelingt. In der Ratssitzung vom **18. März 1800** erhält er bereits sein Urteil: Wegen seiner vielen Vergehungen und zur wohlverdienten Strafe wird N. in das Privatzuchthaus des Schenken von Castell nach Oberdischingen verfrachtet und zwar *ad tempus indefinitum,* also auf *unbestimmte Zeit* – wohl eine Art Sicherheitsverwahrung. Aber der Spiker macht allen einen Strich durch die Rechnung. Am **26. März 1800** wird im Gmünder Rat das neueste Stückchen des N. bekannt. Als Stadtknecht Schönleber und zwei mit ihm abkommandierte Soldaten den Spiker nach Oberdischingen in das dortige Privatzuchthaus abführen wollen, schwindelt N. beim Stadttor in Ulm den dortigen Wachen vor, er sei ein aus der kaiserlichen Armee desertierter Soldat und wird dann auch prompt wieder der kaiserlichen Armee überstellt und macht dort bei den waldeckischen Dragonern normalen Dienst.

Mittwoch, den 18. März in der Residenzstadt Öhringen
In der Residenzstadt Öhringen belehnt Ludwig Friedrich Karl, Fürst von Hohenlohe, feierlich den Schwäbisch Gmünder Oberstädtmeister Josef Doll als Vertreter des gesamten reichsstädtischen Magistrats mit der Ortschaft Waldau und dem dazugehörigen Bauhof.

Sonntag, den 22. März 1800 im Rat
Schlossermeister Storr hat für die Stadt Waren im Wert von 188 Gulden geliefert. Da die Stadtkasse nur mühsam auszahlen kann – wegen Geldknappheit – legt Storr noch einmal zwölf Gulden aus eigener Tasche dazu und akzeptiert für seine Schuldforderung einen städtischen Kapitalbrief über 200 Gulden. Brav und bürgerlich gedacht! Aber auch Storr wird seine 200 Gulden nie mehr wiedersehen.

Der Magistrat verbietet nochmals allen fremden Hausierern, in den Gmünder Wirtschaften Waren aller Art zu verkaufen, um mit diesem Verbot den Handel der einheimischen Kaufleute zu schützen.

Die Ehefrau des Gmünder Kontingentskorporals S. erscheint vor dem Rat. Man hat ihr im vorigen Monat das Bürgerrecht verliehen unter der Bedingung, dafür 20 Gulden zu bezahlen. Sie habe *mit äußersten Kräften alles zusammengerafft, aber nicht mehr als 16 Gulden aufbringen können, deswegen sie bitten wolle, Wohllöblicher Magistrat wolle ihr das noch übrig im Rest verbleibende gnädiglich nachlassen.* Der Magistrat nimmt dankend die 16 Gulden in seine leere Stadtkasse und versichert, dass man ihren Antrag wohlwollend prüfen werde, wenn ihr Mann, der Korporal S., sich im Felde nichts zuschulden kommen lasse.

Die Witwe des Postverwalters von Stahl hat bei der städtischen Kasse noch ein Guthaben über 4000 Gulden. Sie bietet an, dieses Geld weiter stehen zu lassen, wenn ihr die Stadt vier Kapitalbriefe à 1000 Gulden dafür ausstellt, die gewöhnlich mit 4 Prozent verzinst werden. Für eine noch ausstehende Schuld über 900 Gulden bei der Stadt muss ihr diese jedoch einen eigenen Kapitalbrief über 1000 Gulden abnehmen und die mehrbezahlten 100 Gulden mit den nächsten Steuern verrechnen. So ein Angebot der *Frau Postverwalterin von Stahl* nimmt der Magistrat natürlich mehr als dankend an.

Aegidius Seybold wird als Schullehrer angestellt und bekommt jährlich 100 Gulden, daneben noch zwei Malter Früchte, zwei Wagen mit Buchen- und weitere zwei Wagen mit Tannenholz. Daneben nimmt sich das Witwengeld einer Schulmeistersgattin mehr als bescheiden aus, wenn auch hinzuzufügen ist, dass Witwenpensionen noch keineswegs gesetz-

lich geregelt sind und einige Herrschaften gar keine bezahlen. Immerhin: Die Schullehrerswitwe Schleicher erhält jährlich noch 24 Gulden und ein Malter Früchte nebst zwei Wagen Tannenholz zum Feuern.

Die Witwe Elisabetha D. bittet *wegen vieler Unbequemlichkeiten* den bei ihr einquartierten Königlich-kaiserlichen Stabsarzt auszuquartieren. Das Gesuch wird abgeschlagen.

Sonntag, den 29. März 1800 im Rat
Der Magistrat gibt Verhaltensregeln für zwei Werber aus, die in Schwäbisch Gmünd Soldaten für den König von Preußen anwerben sollen und wollen: Es wird ihnen angeraten, sich ordentlich zu betragen und 1. keine Bürgers- oder Landesuntertanensöhne ohne vorherige Meldung beim Magistrat, 2. keinen Deserteur von den reichsstädtischen Soldaten und 3. keine württembergische und kaiserliche Deserteure anzuwerben. Bleiben nicht mehr viele Männer zum Werben übrig, zumal die Reichsstadt selbst Soldaten braucht.

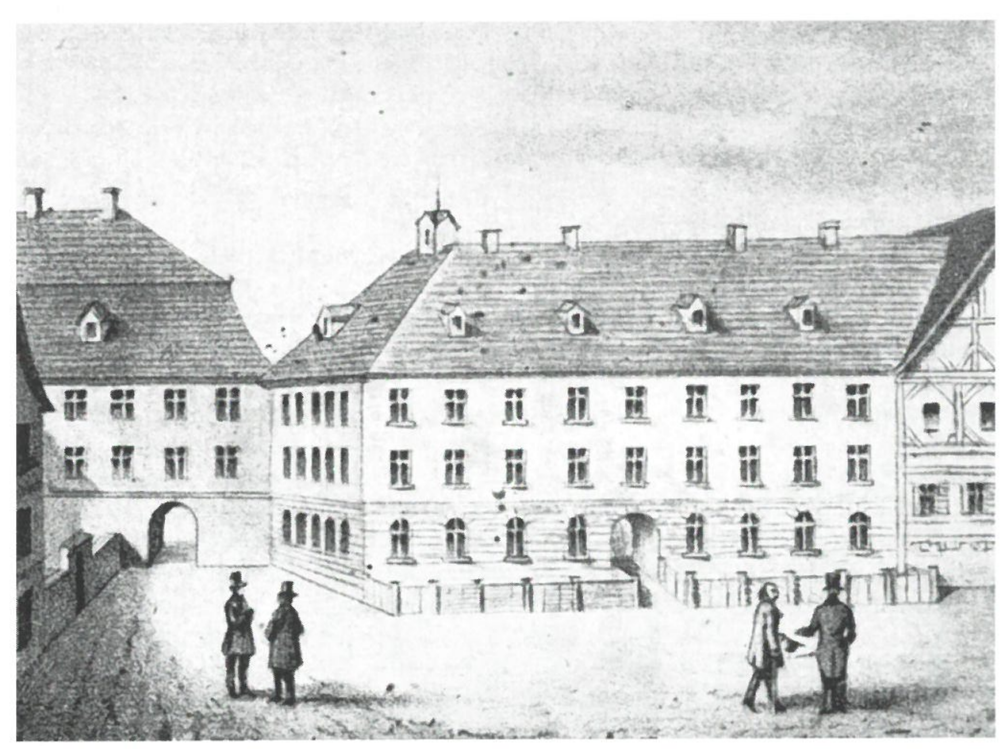
Donnerstag, 2. April 1800 im Rat
In Lorch ist in drei Ställen eine Rindviehseuche ausgebrochen. Das Oberamt Lorch sperrt sofort den Handel mit kranken wie gesunden Tieren und verhängt ein allgemeines Transportverbot für die Rinder. Der Magistrat unterrichtet die Metzgerzunft in Schwäbisch Gmünd von dieser Seuche.

Sonntag, den 5. April 1800 im Rat
Es wird ein Schreiben der württembergischen Amtei in Oberurbach verlesen, dass Schwäbisch Gmünder Metzger trotz Viehseuche auch *in solchen Ställen kaufen, die in höchstem Grade mit der Seuche angestekt sind.* Er, der Amtmann, habe seine Amtsuntergebenen *schärfstens verbotten, und zwar bey Strafe* mit den Schwäbisch Gmünder Metzgern Viehgeschäfte zu tätigen. Der Magistrat ist entsetzt und zitiert den Oberachtmeister der Schwäbisch Gmünder Metzgerzunft, Vogelhund, vor den Rat, dem klar gemacht wird, dass die Schwäbisch Gmünder Metzgerzunft kein krankes Vieh in die Stadt schleppen dürfe, *sonsten aber um 10 Reichsthaler gestraft werden* – eine verhältnismäßig milde Strafandrohung.

Der später berühmte Chronist Dominikus Debler – er hat als erster die Geschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd bis zu seinen eigenen Tagen aus Urkunden, Chroniken und Akten zusammengestellt – erklärt sich schriftlich bereit, seine Schulden über 2032 Gulden und 40 Kreuzer bei den Herren *Pini & Kremer* bis zum 13. Mai zu bezahlen. Als Bürge sichert sein Verwandter, der Grätmeister Melchior Debler, mit seinem ganzen Vermögen die fällige Zahlung. Im übrigen: 57 Jahre später, genauer: am 23. März 1857, wird die württembergische Oberamtsstadt Gmünd die 18-bändige Deblersche Chronik für die verhältnismäßig sehr bescheidene Summe von 75 Gulden für ihr Archiv ankaufen, wo sie sich heute noch befindet und reichlich, viel und gern benutzt wird.

Donnerstag, den 9. April 1800 im Rat
Der Prozess des Stadtarztes Dr. Kehringer gegen des Ratsadvokaten Eisele wegen Beleidigung wird verschoben.

Freitag, den 10. April 1800 im Rat
Ein Drohbrief des kaiserlichen Feldzeugmeisters an die Reichsstadt an der Rems: 961 Zentner Mehl, 10662 Metzen (= Fruchtmaß) Hafer und 10024 Zentner Heu sind innerhalb von acht Tagen abzuliefern. Wenn dies nicht geschieht, müsse Schwäbisch Gmünd *mit strengster militairischer Execution* rechnen und tägliche Strafgelder bis zur vollkommenen Ablie-



Unterer Marktplatz um 1800, Spital und Waisenhaus

ferung zahlen und zwar für jeden Zentner Mehl fünf Kreuzer, für jeden Metzen Hafer ein und einen halben Kreuzer und für jeden Zentner Heu einen Kreuzer. Das würde bedeuten, dass man für den Tag 513 Gulden und in der Woche 3600 Gulden Strafgelder zu bezahlen hätte.

Im Rat bricht blanke Panik aus: Man müsse ein Schreiben an den Feldzeugmeister erlassen, in dem geschildert wird, dass es für die Stadt unmöglich ist, diese Mengen zu liefern. Um die Exekution und die Strafgelder abzuwehren, sollen aber schleunigst die vorhandenen Vorräte abgeführt werden. Bleibt immer noch die Frage der Finanzierung für *Beytreibung und Transportierung* offen. Für das alte Spiel „Woher das Geld nehmen" wird schnell ein neuer Unterausschuss gegründet, der sich zusammen mit den bürgerlichen Syndici den Kopf darüber zerbrechen soll.

Am **12. April 1800** tritt dieses Gremium in hochkarätiger Besetzung zusammen. Von seiten der Verwaltung sind anwesend die Herren Bürgermeister Beiz und Beiswinger, Oberstättmeister Dr. Doll, Ratssyndikus Roell, Ratskonsulent Stadlinger, Stättmeister Botzenhart und der Ratssekretär Herlikofer als Aktuar, von seiten der Bürgerschaft die Herren Achilles von Stahl, Georg Debler und Anton Ott und die hohe Geistlichkeit vor Ort vertritt wie immer *Seine Excellenz Herr Stiftsprobst Krazer.* Bürgermeister Beiswinger verliest das Schreiben des Feldzeugmeisters mit der Exekutionsdrohung und schlägt zur Lösung der Krise vor: 1. Man solle im kaiserlichen Hauptquartier einen gehörigen Nachlass der zu liefernden Mengen herausschlagen. 2. Mit der Abführung vorhandener Vorräte ins kaiserliche Nachschubquartier in Canstatt sei sofort zu beginnen. 3. Wenn man einen Nachlass erreiche, sei man bereit, noch etwas über die jetzigen vorhandenen Vorräte zu liefern.

Ratssyndikus Roell spricht darauf das Hauptproblem an: Wie kommt man schnell an ein paar hundert Gulden für den Transport? Er hat gleich schon die Lösung parat: Der auch anwesende Georg Debler hat bei einem Grundstückstausch mit dem Spital ein und ¼ Tagwerk mehr erhalten. Roell schlägt vor, die Summe für dieses Grundstück nicht dem Hospital, sondern dem total leeren Stadtsäckel zukommen zu lassen. Erleichtert stimmen alle zu: Das Gremium setzt den Kaufpreis für Georg Debler – plus einmalige Steuerzahlung – auf 550 Gulden fest.

Um an weiteres Geld zu kommen, schlägt man vor, alle Amtsvogteigüter – das sind die städtischen Häuser und Güter, die die jeweiligen Vögte der Stadt auf dem Land nutzen – sofort zu versilbern, auch die Ablösung der Grundzinse (= Grundstücksteuer) durch einmalige Geldzahlungen zu forcieren.

Weiter werden alle *Gütlebesitzer* dazu aufgefordert, pro Tagwerk zwei Zentner Heu als Naturalsteuer sofort abzuliefern.

Donnerstag, den 16. April 1800 im Rat

Auch die Ulmer Festungsbauer nerven wieder: 23 Schanzarbeiter und zehn Zimmerleute sollen noch heute abmarschieren.

Und wieder einmal machen Möhnhofbauer N. und seine zwei Söhne von sich reden: Diesmal sind es Schulden, die sie nicht bezahlen wollen. N. wird auf die nächste Ratssitzung vorgeladen. Aber der Prozess zieht sich wieder einmal hin.

Am **28. Mai 1800** dann das Urteil: Man glaubt dem Möhnhofbauern, dass er sich lediglich sieben Karolin und nicht 18 Karolin geliehen habe, weist ihn jedoch noch einmal ausdrücklich auf die Folgen eines Meineides hin. Die Prozesskosten werden unter Kläger und Angeklagten geteilt, der Möhnhofbauer *von der gegen ihn angestelten Klage losgesprochen.*

Sonntag, den 19. April 1800 im Rat

Bei der Veräußerung der *Heiligengüter zur Sublevation* (= Hebung) *des gemeinen Wesens* hat das Generalvikariat in Augsburg einiges mitzureden, und da ist man offensichtlich von dieser Aktion des Schwäbisch Gmünder Magistrats mehr als weniger begeistert: Von seiten der Schwäbisch Gmünder Verwaltung will man deshalb den Druck auf das Augsburger Vikariat durch den Stadtgeistlichen Nr. 1, den Schwäbisch Gmünder Stiftspropst Kratzer, verstärken. Mit ihm *will man eine Unterredung halten und sonach eine nochmalig klare Erläuterung an das Generalvikariat einsenden.*

Der königlich Preußische Oberleutnant von Anloh, der zur Zeit in Geislingen für Preußen auf Soldatenfang geht, bittet den Schwäbisch Gmünder Magistrat, ihm auch für das Schwäbisch Gmünder Landgebiet die Werbung zu erlauben. In Hinsicht darauf, dass man zur Zeit selbst Soldaten braucht, wird das abgeschlagen, aber von Bürgermeister Schedel wird diese Absage in höflich diplomatischer Form serviert: *Könne solches, da es in denen Vorzeiten nie üblich gewesen, nicht gestattet werden.*

Mittwoch, den 22. April 1800 im Rat

Und fast in jeder zweiten Sitzung muss man sich mit dem Festungsbau in Ulm beschäftigen. Diesmal fordert der dortige *Feldmarschall-Lieutenant* von Schwäbisch Gmünd die fälligen Beiträge an *Holz, Stroh und Lichter.* Und gebetsmühlenhaft schallt es vom Magistrat zurück – man ist ja pleite: *Solle ein Schreiben an den Feldmarschall-Lieutenant dahin um Erwirkung eines Nachlasses erlassen werden.*

Der Magistrat setzt ferner fest, dass bis zu einer Geldstrafe von fünf Gulden, die das

Schultheißenamt als Strafe ausgesprochen hat, nicht an eine höhere Instanz appelliert werden darf.

Der Geistliche Debler wird vom Magistrat zum Benefiziaten auf den Möhnhof bestimmt. Die Ernennung findet ausnahmsweise ohne die sonst übliche Wahl statt.

Donnerstag, den 7. Mai 1800 im Rat

Kriegszeiten sind Härtezeiten. Aber die Härten müssen gleichmäßig verteilt werden, meint jedenfalls das kaiserliche Postamt in Schwäbisch Gmünd und beschwert sich u. a. über Einquartierungen von Soldaten durch die Stadtverwaltung bei seiner vorgesetzten Dienststelle, dem Kaiserlichen Reichsoberpostamt in Augsburg. Das wiederum wird schriftlich beim Rat vorstellig und verlangt Abhilfe. Da sieht man die ganze Sache dann doch etwas anders: Nicht in das Postamt seien die Soldaten einquartiert worden, sondern nur in die angeschlossene Wirtschaft. Und die sei nun mal kein Amt.

Freitag, den 8. Mai 1800 im Rat

Die Stadt wittert Morgenluft. Das Hauptquartier der k.k. Armee liegt in Donaueschingen und da *der Kriegsminister Seine Excellenz Graf von Lehrbach sich in der Nachbarschaft aufhalten* will man eine Deputation dorthin senden, die um merklichen Nachlass bei der Naturallieferung an die Armee bitten soll. Um diese Gesandtschaft aufs Beste instruieren zu können, will der Magistrat zusammen mit der Bürgerschaft sich im Spital beraten, *hiebey aber ernstlich auf Mittel bedacht zu seyn, das noch zu bestreitende ohn Fehler leisten zu können.*

Nochmals der Festungskommandant und Generalfeldmarschall-Lieutenant von Petrasch in Ulm an die Reichsstadt: Es gibt bei der Ablieferung keinen Aufschub und keinen Nachlass. Man entscheidet: Auch diese leidige Angelegenheit wird bei der Beratung im Spital einer Lösung zugeführt werden.

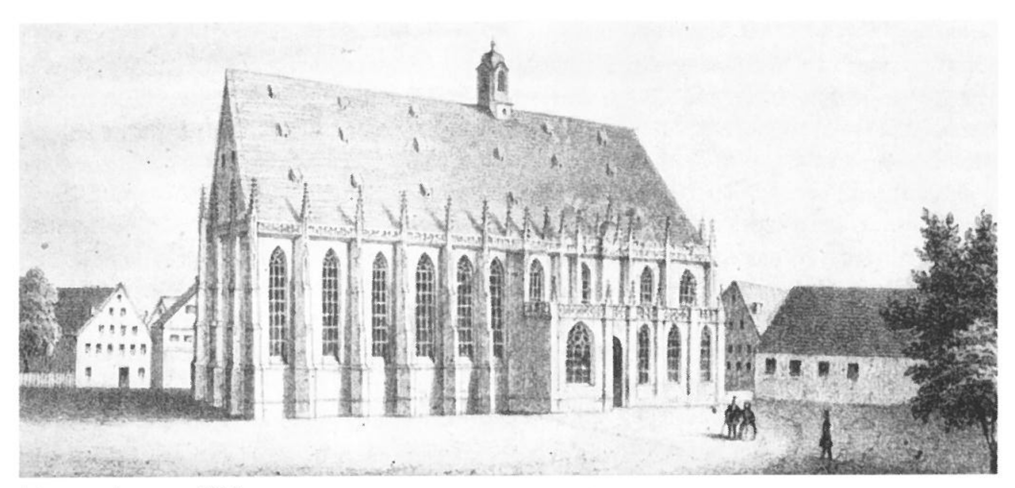
Um Geld in die Kassen zu bekommen – in die Kriegskasse natürlich – werden acht doppelte Schatzungen – das sind Steuern – für die Untertanen auf dem Land wie für die Stadtbevölkerung ausgeschrieben.

Es beklagen sich die heimischen Bierbrauer, dass fremde – also nicht zunftechte – Gesellen Bier und Schnaps ausschenken würden. Der Magistrat will die ganze Angelegenheit durch einen Ausschuss untersuchen lassen, verbietet aber bis zu einer endgültigen Entscheidung den zwei ärgsten inoffiziellen Bier- und Branntweinausschänkern, dem Goldschmied Hiazinth K. und dem Metzger Georg S. *auf schärfeste* das Bierausschenken. *Im Falle aber diesen sonach nicht pünktlich nachgekommen, sollen dem K. sonderheitlich die Bierkriege hinweggenommen und S. empfindlich gestraft werden.*

Am **10. Mai 1800** legt dann der Magistrat die endgültige Linie fest: Beiden wird bei Strafe von zehn Reichstalern, also 20 Gulden, verboten, Braunbier und Branntwein auszuschenken.

Wer sich zu weit aus dem Fenster lehnt, bekommt doppelte Arbeit, aber nicht immer das doppelte Gehalt. Diese schmerzvolle Erfahrung muss auf dem Rathaus der Kanzleibeamte St. machen, der in Erwartung des Ablebens des Steuerbeamten Kehringer – des Vaters des zweiten Stadtarztes Dr. Kehringer – vom Rat die Zusicherung haben will, in dessen besser bezahlte Stelle eingewiesen zu werden. Im Prinzip ist der Magistrat ja einverstanden, aber unter der Bedingung, dass St. schon jetzt die Aufgaben des kranken Kehringers zu den seinen übernimmt. Über die Bezahlung will man dann – siehe oben: Geldknappheit – später reden: *Die Bestimmung eines Gehaltes aber behalte sich Magistratus nochweits bevor.*

Es gibt diesmal privaten Streit mit einem Militärangehörigen des städtischen Regiments.



Münsterplatz um 1800

Der Dragonerkorporal A. hat dem Herrn Josef G. ein Haus in bester Innenstadtlage abgekauft, den Kaufpreis aber noch nicht entrichtet. So weit, so gut. Was Herrn G. aber ärgert ist, dass A. jetzt beginnt, das Haus in Einzelteile zu zerlegen. Einen Ofen hat der flotte Dragoner schon demontiert und verkauft und sogar Dielen sollen verschwunden sein. Der Magistrat schickt eine Handwerkerdelegation zur Untersuchung in das Haus, die am **10. Mai** alles so vorfindet, wie das der Herr G. geschildert hat: Ofen weg und im oberen Stockwerk fehlen beinahe alle Dielen. Da zieht der Magistrat die Notbremse: Das Haus wird jetzt schnellmöglichst versteigert, dass Herr G. wenigstens sein Geld bekommt.

Sonntag, den 10. Mai 1800 im Rat

Der k.k. Kriegsminister Graf von Lehrbach besteht auf Naturallieferungen von 600 Zentnern Getreide und Früchte alle vier Tage, frei lieferbar von Aalen nach Donauwörth. Beschluss des Magistrats: *Solle die Vorkehrung getroffen und die benöthigte Fuhren unter der Landesunterthanenschaft repartiert werden.* Das heißt: Aufbringung und Transport durch die Bauern des Reichsstadtterritoriums.

Voreilender Gehorsam macht sich breit. Württemberg ante portas: Die Bauern von Spraitbach beschweren sich, dass allein sie als reichsstädtisch-gmündische Untertanen Quartierkosten für ein in ihrem Dorf einquartiertes Militärkommando bezahlen müssten, während sich die württembergischen Bauern weigerten, ihren Anteil an den Kosten zu übernehmen. Der Magistrat dazu ziemlich kleinlaut: *Die würtembergische Unterthanen können hierzu nicht beygezogen werden.*

Wiederum ein ziemlich geharnischtes Schreiben vom Festungskommandanten in Ulm, die Leute fürs Schanzen auf 30 Personen zu erhöhen und weitere acht – dann insgesamt 15 Zimmerleute – sofort nach Ulm zu schicken. Der forsche Militärton macht hier offenbar die Musik. Man gibt in Schwäbisch Gmünd eingeschüchtert klein bei. Und das liest sich in gewundenem Rokokobeamtendeutsch dann so: *Solle der ernsteste Bedacht genohmen, da diese Stellung so äußerst dringend gefordert, soviel als möglich, ja die größte Anzahl der Schanzfrohner aufzubringen.*

Dienstag, den 12. Mai 1800 im Rat

Jetzt kommen zu den täglichen Geld- und Naturalforderungen auch noch Missverständnisse. Der *Kreisexekutionscomissair* Guggenberger, der wie sein Titel bereits andeutet für die Beitreibung ausstehender Gelder für den Schwäbischen Kreis zuständig ist, moniert doch tatsächlich, dass Schwäbisch Gmünd noch nicht den Sold für seine Soldaten aufgebracht habe und darüber hinaus bei der Kreiskasse mit 1944 Gulden Schulden zu Buche stehe. Schwäbisch Gmünd wird ultimativ aufgefordert – die Strafe der Exekution, also der Eintreibung durch den Herrn Kommissar wird angedroht – bis zum 14. Mai zu bezahlen. Wenn die Versendung des Geldes mit der normalen Post nicht mehr terminlich hinreiche, müsse man das Geld eben durch Spezialboten auf eigene Rechnung schicken.

Der Magistrat ist entsetzt: Die Löhnung hat man bereits bezahlt, *Quitungen, daß die Löhnungsgelder wirklich bezahlt worden* legt man dem Antwortschreiben bei; im übrigen streitet man darüberhinaus die übrigen Schulden nicht ab, will sie aber achttagsweise abstottern.

Geld, Geld, Geld. Der Geldauftreiber für die Reichsstadt an der Rems in der Reichsstadt und Bankenmetropole Frankfurt am Main, Johann Jakob Kloz, will eine nachträgliche *Serviserhöhung* – heute würde man Maklerprovision sagen – für seine Bemühungen für die Jahre 1797/98 in Höhe von 100 Gulden erhalten. Resignierend, ja schon ein wenig beleidigt, liest sich da die Antwort von Schwäbisch Gmünder Seite: *Solle Ihme die Versicherung gegeben werden, daß man ihme diese 100 Gulden geben wolle.*

Mittwoch, den 13. Mai 1800 im Rat

Es hat alles Taktieren nichts genutzt. Nun hat man die Exekution in der Reichsstadt auf dem Hals. Ab sofort werden zwei Soldaten der k. k. Armee nach Schwäbisch Gmünd gelegt und sollen so lange dort verbleiben, bis die schon länger angeforderten Wagen mit dem Getreide geliefert sind. Neben den Kosten für die Soldaten hat die Stadt täglich noch einen Gulden *Executionsgebühr* zu zahlen.

Donnerstag, den 14. Mai 1800 im Rat

Man soll es kaum glauben. Schwäbisch Gmünd bleibt die kaiserlichen Exekution vorerst erspart. Aber ob der Stadt das lieb ist, muss mehr als stark bezweifelt werden. Denn die Gefahr heißt jetzt: Die Franzosen sind im Anmarsch. *Wird eröffnet, daß der dahier befindlich gewesene k. k. Hauptfeldspital wegen bedrohender Gefahr eines Einbruchs von den Franzosen von hier nunmehr gänzlich abgezogen und sich in die Gegend von Dillingen retiraiten.*

Der Magistrat reagiert auf diese Panikmeldung äußerst gelassen und in seinem Ratsbeschluss äußerst menschlich: *Solle sohin die gestern der hiesigen Stadt übergebene Schwerblessierte, welche nicht weiter transportiert werden konnten, bestens besorgt werden.*

Der kaiserliche Oberarzt Feldeken, der jetzt mit seinem Lazarett abziehen muss, berichtet dem Magistrat, dass er den Oberleutnant Praebek, *welcher schwerlich krank, ohne Gefahr nicht transportiert werden könne* leider in seinem Quartier in der Löwenapotheke in Schwäbisch Gmünd zurücklassen müsse. Der Magistrat verspricht, auch diesen ranghöchsten in Gmünd verbleibenden, verwundeten kaiserlichen Offizier aufs beste zu verpflegen. Am **28. Mai 1800** ist Oberleutnant Praebek dann in der Reichsstadt an der Rems an den Folgen seiner Verletzungen verstorben.

Der Ratsadvokat Sebastian Eisele bittet um ein Zeugnis, *daß er nehmlich hier Ratsadvokat gewesen und hinsichtlich seines phisischen und moralischen Betragens Achtung verdiene.* Der Magistrat meint dazu: *Könne demselben ein fadengrades Attestat ohne alle Anstand ertheilt werden.*

Freitag, den 15. Mai 1800 im Rat
Die Ablieferunghöhe für das kaiserliche Verpflegungsmagazin in Aalen wird unter Androhung aller möglichen Strafen auf die dreifache Menge erhöht. Für Schwäbisch Gmünd bedeutet das eine Erhöhung auf 1800 Zentner Getreide. Die Stadt beschließt, sofort 1200 Zentner abzusenden, den Rest auf dem Land unter Androhung von Strafgeldern so schnell wie möglich zusammenzubringen.

Es erscheint in der Reichsstadt das Buch: *S. Zeiler: Zuschrift und Bitte an die gesamten Bürger und Einwohner der k. freyen Reichsstadt Gmünd, im Namen der wahrhaft Armen und Nothleidenden, Gmünd 1800.*

Dazu vermerkt der Chronist Dominikus Debler, Augenzeuge für dieses Jahr 1800 in Schwäbisch Gmünd an: In der Stadt leben 878 Bürger (= Haushaltsvorstände). Arme Bürger, die Almosen erhalten: 245 Personen. Beisitzer, die bedürftig sind: 40 Personen. Insgesamt also 285 Arme. Dazu wurden das ganze Jahr über 16666 Laib (à 2½ Pfund) Brote ausgeteilt.

Samstag, den 31. Mai 1800 im Rat
Kloster Gotteszell verklagt den Fuchswirt in Herlikofen wegen rückständiger Jahresmiete über 61 Gulden. Der Magistrat entscheidet in diesem Fall weise: *Seye es schuldig, aber wenn der Beständer (= Mieter) nichts bezahle, so könne er auch nichts bezahlen.*

Mittwoch, den 4. Juni 1800 im Rat
Das Verpflegungsmagazin in Geislingen verlangt, dass täglich 20 zweispännige Wagen mit Naturalabgaben aus Schwäbisch Gmünd für die kaiserliche Armee abgehen sollen. Da man *sich nicht gänzlich entziehen könne* genehmigt der Magistrat acht Wagen.

Donnerstag, den 5. Juni 1800 im Rat
Der Magistrat gibt bekannt: *Das Einführen fremdten Weissen Biers durchgängig und des la Braunen Biers so lange eines in der Stadt vorhanden bey Confiscation des eingeführten Biers bey 10 Reichstalers Straf verbotten.*

Samstag, den 7. Juni 1800 im Rat
Jetzt beschwert sich auch der Schullehrer von Mutlangen schriftlich über die seiner Ansicht nach zu hohen Kriegssteuern. Die Antwort des Magistrats von Schwäbisch Gmünd ist fast von klassischer Reife: Er müsse *sowie andere, seine Lasten tragen.*

Montag, den 9. Juni 1800 im Rat
Der Feldmarschallieutenant von Petrasch, Ulmer Festungskommandeur, lässt nicht locker und fordert weiterhin von der Reichsstadt *30 Handfröhner* und 15 Zimmerleute. Der Magistrat greift zum letzten Mittel: *Solle in der Stadt bekannt gemacht werden daß der Mann, welcher nach Um in die Schanz gehe, täglich 1 Gulden erhalten und solle dieser 1 Gulden vom Löblichen Kassieramt bezahlt werden.*

Darauf antwortet das Städtmeisteramt laut Protokolleintrag: *Es seye in grosser Verlegenheit wegen Geldmangel* und könne sogar erst in einem Quartal die Löhne für die Stadtbediensteten auszahlen. Woher die Gulden kommen sollen, bleibt offen.

Mittwoch, den 18. Juni 1800 im Rat
Gegen die ausländischen *Holzfrevlern in den Spitalwäldern* soll energischer vorgegangen werden.

Mittwoch, den 25. Juni 1800 im Rat
Der bürgerliche Färber und Fuhrunternehmer Johann W. erscheint vor dem Magistrat und klagt: Vor vier Tagen habe der jüdische Kaufmann Hajum Samuel von ihm nach Ellwangen gefahren werden wollen. Sein Knecht habe diesen Auftrag ausgeführt, aber der Kaufmann habe während der Fahrt sein Ziel geändert und jetzt als Bestimmungsort Hühlen bei Lauchheim angeben. Da der Knecht gehört hatte, die Franzosen ständen bereits bei Aalen, verweigerte er die Weiterfahrt, wurde aber vom Fahrgast beruhigt, zur Sicherheit für seinen Wagen stehe noch Geld und Ochsen beim Radwirt in Schwäbisch Gmünd. Es kam, wie es kommen musste: In Hühlen nahmen die Franzosen dem Knecht den Wagen und das Pferd fort, der jüdische Händler selbst wurde verschleppt. Zur Absicherung seines Verlustes bittet der Fuhrunternehmer, bis zur Erstattung durch den jüdischen Kaufmann, dessen Ochsen pfänden zu dürfen. Der Magistrat beschließt, einige Ochsen zu verkaufen, um mit diesem Erlös den Schaden abzudecken.

Am **1. Juli 1800** meldet sich der verschleppte Hajum Samuel schriftlich beim Magistrat. Er hinterlegt dort 15 Louis d'or für die Schadensregulierung mit der Bitte, vom Verkauf seiner gepfändeten Ochsen erstmals abzusehen. Am **20. August** wird Johann W. der entstandene Schaden durch das hinterlassene Geld reguliert.

Dem ersten Stadtarzt Dr. Stütz und dem Chirurgen Hartmann werden wegen der Betreuung der schwerkranken Soldaten, die vom k. k. Hauptspital in Schwäbisch Gmünd zurückgelassen wurden, als Anerkennung 33 bzw. 20 Gulden überreicht.

Der Flaschner Friedrich Z. klagt gegen seinen Nachbarn, den Zinngießer D., der habe *Blechner-Waar produziert und öffentlich zum Verkauf ausgestellt,* mithin in fremden Revieren gewildert und die Zunftbestimmungen verletzt. Darauf der Rat: *Sollen sich als Nachbarn ruhig, ordentlich und vernünftig betragen und ein jeder bey seiner Arbeit verbleiben.*

Die Franzosen sind in Schwäbisch Gmünd. Der Chronist Dominikus Debler, der Zeitgenosse, berichtet: *Den* **5. Juli 1800** *um ½ 9 Uhr kommen von Straßdorf 57 Mann nebst 1 Offizier französische Husaren, logierten sich gleich beim Waldstettertor, wurden einquartiert, allein man mußte ihnen Essen und Trinken hinaus bringen, verlangten aber gleich gute Kost, nehmlich gute Suppe, Fleisch und Gemüs. Der Offizier logierte bei dem Weißen Rößle . . .*

Dienstag, den 8. Juli 1800 im Rat
Das Rechberger Obervogtamt berichtet von *Requisitionen* – also Beutezügen – französischer Streifen.

Mathäus M., Kriegsinvalide, erhält monatlich sechs Gulden Kriegsrente

In der Stadt ist es mehr als ruhig. Dominikus Debler berichtet, dass der Johannis-Markt in Schwäbisch Gmünd trotz des Krieges am 8. Juli abgehalten wurde: *Haben aber nur 5 Stånd aufgemacht.*

Am selben Tag erreicht die Stadt die Nachricht des französischen Obristen von Schwartz aus Königsbronn – nach Debler –, in Hussenhofen sei auf seine Leute geschossen worden: Er verlange die Auslieferung der Missetäter, widrigenfalls er die Stadt Schwäbisch Gmünd einzuäschern droht. Hektische Betriebsamkeit im Rat und der Beschluss: *Da es nicht in der Stadt* [Schwäbisch Gmünd] *geschehen, auch von keinem hiesigen Untertanen, zudem man es gar nicht wissen könne, wer geschossen, mithin von einer Auslieferung die ganze Unmöglichkeit wäre.*

Samstag, den 12. Juli 1800 im Rat
Jetzt sind die anderen dran: Das französische Hauptquartier in Memmingen quetscht die

Reichsstadt an der Rems ebenso unerbittlich aus wie einige Tage vorher noch die kaiserliche Armeeführung. Danach muss Schwäbisch Gmünd in spätestens 14 Tagen in das französische Magazin in Augsburg liefern: Getreide 958 Zentner, Roggen 319 Zentner, Hafer 1477 Säcke, Heu 2875 Zentner und 100 Stück Ochsen. Der Magistrat entscheidet: *Solle nachmittag im Spital eine Zusammenkunft veranlaßt werden, dabey das nöthige zu berathen, und schleunige Vorkehrungen zu treffen.*

Die Bürgerschaft wird auf das Zusammenleben mit den französischen Soldaten vorbereitet. Debler berichtet darüber: Am **12. Juli 1800** *hat man an das Rathaus angeschlagen und solches auf allen Zunfthäusern abgelesen: „Daß bei gegenwärtigen Geschäftszeiten kein Bürger noch anderer mit Gewehr vor das Tor hinausgehen sollte, auch wenn Franzosen in die Stadt kommen sollten, wie man alle Tage vermuten könne, soll man kein so Gesprüng machen, sich in Reden ind allem in Acht nehmen, ihnen ordentlich zu essen geben. Es soll sich auch jeder Bürger mit Esswaren versehen etc. Von Bürgermeister und Rats wegen."*

Samstag, den 19. Juli 1800 im Rat

Jetzt geht es Schlag auf Schlag: Neue Requisitionen: Die Franzosen verlangen 1436 Paar Stiefel oder den Gegenwert in Geld, General Moreau eine zusätzliche Abgabe von 44438 Gulden und 38 Kreuzer.

In diesem ungünstigsten Augenblick bittet der Pater Rhetor von den Franziskanern um die Erlaubnis, in der Schmalzgrube (= Schwörhaus) Komödien aufführen zu dürfen. Wird natürlich angesichts der politischen wie wirtschaftlichen Lage abgeschlagen.

Sonntag, den 20. Juli in der Stadt

Debler weiß zu berichten, dass an diesem Tag 150 französische Chasseur-Husaren samt ihrem Obristen Schwartz – eben derselbe, der am 8. Juli gedroht hatte, die Stadt Schwäbisch Gmünd einzuäschern – hierher kamen und zusätzlich 300 Mann Infanterie *auf das Land gelegt wurde.*

Infolge des Franzoseneinfalls wird die Wahl der bürgerlichen Syndici – die Sprecher der Gesamtbürgerschaft gegenüber dem Magistrat – an diesem Tag nicht durchgeführt. Der eifrige Chronist Dominikus Debler sieht bei dieser Nichtwahl böse Kräfte im Spiel und kommentiert dementsprechend verbittert die Haltung der Stadtverwaltung: *Alles blieb in Status quo. Status quo heißt hier Unordnung, Heimlichkeit, Gewinnsucht, Unterdrückung etc. Wenn die Bier reif, wird sie fallen, Bürger haben Geduld. Der Herbst naht herbei. Es ist unmöglich, daß der Staat* [Schwäbisch Gmünd] *lange mehr bestehen kann, er muß bankrott werden und sich einen Freund suchen, der ihm heraushilft, freilich auf Kosten der Bürger. Habt Geduld Bürger und ergebt euch in die Verfügung.*

Donnerstag und Freitag, den 23. und 24. Juli 1800 in der Stadt

In der Stadt wird Geld gesammelt, zusätzliche Steuern eingetrieben. Die Stadtverwaltung nennt dieses Zwangssteuer euphemistisch ein „Don gratuit" – ein Gratisgeschenk – der Bürgerschaft. Nach Debler ist jeder Bürger verpflichtet, mindestens 1 Gulden zu steuern, die Klöster erhalten pauschale Sätze: Kloster Gotteszell 1000 Gulden, Dominikaner 300 Gulden, Augustiner 200 Gulden, Franziskaner 100 Gulden, St. Ludwig 50 Gulden. Die Bruderfraternität muss ihr restliches Silber verkaufen, das noch vom letzten Franzoseneinfall im Jahr 1796 übriggeblieben ist. Am **25. Juli 1800** gibt es noch eine zusätzliche Überraschung für die Bürger in der Stadt und die Untertanen auf dem Land: Die gewöhnliche Steuer wird kräftig nach oben korrigiert. Dazu wieder unser Zeitgenosse Dominikus Debler: *Es kam eine schöne Summe heraus, allein bei schlechter Haushaltung hilft und fruchtet nichts.*

Juni und Juli 1800 auf dem Land
Die Monate Juni und Juli brachten keinen Tropfen Regen. Das Gras wuchs deshalb sehr wenig und man musste – nach Debler – darangehen, dieses dürre Heu an die Tiere zu verfüttern.

Mittwoch, den 30. Juli in der Stadt
Nach einer Aufstellung der Stadtverwaltung befinden sich in der Stadt 395 Steuer zahlende Vollbürger.

Freitag, den 1. August in der Stadt
Nach Debler sind an diesem Tag alle französischen Truppen aus der Reichsstadt abmarschiert. *Die Truppen führten sich ziemlich gut auf doch war man gedrückt indem sie gut Essen und gemeiniglich Wein verlangten.*

Mittwoch, den 6. August im Rat
Vor dem Magistrat erscheint die Ehefrau des Mathes K. und sagt aus *wie Ihr Ehman nun wirklich ganz von Sinne sey, Feurgefahr drohe: Kurz, man könne ohne großes Risico nicht mehr im Dorfe gedulden.* Der Magistrat: *Solle herein gebracht und nach Möglichkeit versorgt und so gering als möglich gespeißt werden.*

Am selben Tag werden stadteigene Grundstücke an den Meistbietenden verkauft, um wieder etwas Geld in die Kassen zu bekommen. Der Magistrat bestimmt, dass jeder Kauf sofort bar bezahlt werden muss, dafür aber in den nächsten drei Jahren auf diese Liegenschaften keine Steuer entrichtet werden müssen. (Debler)

Donnerstag, den 13. August 1800 in der Stadt
(nach Debler) An diesem Morgen sind wiederum 400 Franzosen mit ihrem General in die Stadt Schwäbisch Gmünd eingerückt. Nachdem der General sich bereits am Vorabend zuerst in der Wirtschaft Ochsen in der Ledergasse einquartiert hatte, sticht ihm der Neubau des Xaver Debler in der Bocksgasse („Palais Debler") ins Auge. Nach einer Vorbesichtigung durch den General – das Haus war aufs schönste möbliert – schwant dem Verwalter des Hauses, dem Bruder des Xaver, Georg Debler, Schlimmes: Über Nacht lässt er die kostbaren Möbel entfernen und sie durch mindere ersetzen. Als der General nun einzieht – unter anderem durfte die Stadt ihm auch noch zwei Köchinnen stellen – bekommt er angeblich wegen der Veränderung einen Schreikrampf. Georg Debler muss dem Kriegsmann die ausgeräumten Mobilien wieder in das Palais stellen.

August 1800 auf dem Land: Viehseuche
Es regiert derzeit unter dem Hornvieh eine erbliche Krankheit, sie bekommen Blattern auf der Zunge, fressen nicht, geben keine Milch, verderben am ganzen Leib und zuletzt bekommen sie böse Füsse, wo die Krankheit hinausbricht. Man gibt ihnen Essig, Sauermilch und hauptsächlich Sauerkraut. Die Füß müssen öfters mit Essig gewaschen und das Vieh in flüssiges Wasser eine Zeitlang gewaschen werden. Es ist eine langwierige Krankheit.
(Debler)

Montag, den 9. September 1800 in der Stadt
In der Grät auf dem oberen Marktplatz räumt die Stadtverwaltung die Rüstkammer. *Alles zusammengeschlagen und das Eisen darvor ausgesondert, weilen derzeit das Geld so rar. Es waren allerhand alte Sachen darunter* kommentierte Debler diese Kulturbarbarei.

Turnierstangen, Schwerter und Zinnkrüge werden so vernichtet, sogar mittelalterliche Schilder aus massivem Eichenholz, so schwer, dass Debler darüber die Aussage traf *ich konnt kaum mit 2 Händen einen solchen Schild aufheben.*

Freitag, den 13. September im Rat
Vier Schwäbisch Gmünder Soldaten sind von der kämpfenden Truppe desertiert und melden sich in Schwäbisch Gmünd zurück. Sie behaupten, nicht desertiert, sondern nur an ihren Heimatstandort zurückgekehrt zu sein. Der Magistrat sieht das ebenfalls so locker: *Ihr Benehmen werde ignoriert.*

Mittwoch, den 17. September 1800 im Rat
Die Reichsstadt Isny berichtet von einem großen Brand in ihrer Stadt und bittet um Unterstützung von seiten Schwäbisch Gmünds. Man beschließt, aus reichsstädtischer Solidarität bei den Bürgern und Landesuntertanen eine Sammlung zu veranstalten, da die städtischen Kassen total leer sind.

Samstag, den 20. September im Rat
Der Verkauf von Heiligengüter – also Liegenschaften, die der Kirche einmal gestiftet wurden – durch den Magistrat geht weiter, da man unbedingt Geld in die städtischen Kassen bekommen muss. Dagegen protestiert der Graf von Rechberg *gegen den Verkauf solcher Gütter, welche von Hause Hohen-Rechberg gestiftet worden.*

Der Kanzleiaccessist Steinheuser wird zum Kassierschreiber (= Steuereinnehmer) ernannt und bekommt als monatliches Salär 1 Karolin (= 11 Gulden und 8 Kreuzer). Er tritt in diesen harten Zeiten wirklich kein leichtes Amt an.

Samstag, den 27. September im Rat
Der alte Freiherr Franz von Lang bittet die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd um Bestätigung seiner Meinung gegen den Pfarrer Mayer von Leinzell, der hetze zu jeder Zeit die Untertanen auf. Der Magistrat bestätigt dieses Urteil und setzt noch eins drauf. So habe Pfarrer Mayer *erst kürzlich diesseitige Unterthanen, da man zu Stellung der der hiesigen Stadt* [Schwäbisch Gmünd] *betreffenden Reichscontingentmannschaft eine Auswahl veranstaltete und schon öfters bey Umlage und Eintreibung der Steuern zu Widersezlichkeit aufgerufen.* Den unbequemen Pfarrer Mayer, der da gegen die angebliche Willkür des Freiherrn und der Reichsstadt löckt, bekam man im übrigen nicht los: Er wechselte erst fünfzehn Jahre später auf eine andere Stelle.

Mittwoch, den 15. Oktober im Rat
Herr Furgang aus Aalen möchte auf dem traditionellen St.-Ursula-Markt in Schwäbisch Gmünd am 21. Oktober einen anderen und besseren Stand. *Wenn solches ohne Beschwerniss des Ulmer Kaufmans geschehen könne, bewilligt, sonst nicht.*

Samstag, den 25. Oktober 1800 im Rat
Jetzt hat man jahrelang für die Erbauung der Festung Ulm Gelder und Naturalien abliefern und Handwerker stellen müssen und nun geht es bei der veränderten politischen Lage anders herum: Die Franzosen verlangen von der Reichsstadt an der Rems *22 Schanzer für die Temolierung der Festung.* Am 28. Oktober wird der Demolierungsplan eingestellt und die Schanzer nach Hause geschickt (Debler).

Der Stiftspropst Kratzer an der Heilig-Kreuz-Pfarrkirche schlägt vor *in Hinsicht des gu-*

ten Einverständnisses im Magistrat bei Sitzungen eine Eidesformel für die Deputierten aufzunehmen, die besagt, *daß man alles zum Wohle des gemeinen Weesens* – also alles zum Staatswohl der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd – erstrebe. – Vorher etwa nicht?

Montag, den 16. November
Der Magistrat überreicht – nach Debler – dem französischen Stadtkommandanten eine goldene Repetieruhr samt goldener Kette und ein paar silberne Sporen im Wert von 200 Gulden als Geschenk. Dazu Debler: *Er hätte viel mehr verdient, denn er hat sich gegen die Stadt gut und billig betragen.*

Freitag, den 4. Dezember im Rat
Dem Schmied von Durlangen ist die Esse niedergebrannt. Der Magistrat stellt ihm einen Brandbrief aus – das ist eine Lizenz zum Betteln für den Wiederaufbau – und verspricht für die Neubauzeit seine Unterstützung.

Donnerstag, den 11. Dezember im Rat und in der Stadt
Die Kriegskontributionen hören nicht auf. Die Stadtkasse ist pleite. Woher jetzt die an und für sich gesehen fast lächerliche Summe Gelds nehmen für die von den Franzosen geforderten 300 Strohsäcke, 300 Kopfstrohsäcke, 100 Matrazen, 300 Woll-Bettdecken, 1200 Hemden und 1200 Nachtmützen (sic!). Es wird dramatisch eng: *Solle bey einer nachmitägigen Zusammenkunft denen bürgerlichen Syndicis eröfnet werden, daß es allerdings nothwendig seye, ja es seye kein anderes Mittel, als ein* ***Vermögenssteuer*** *zu errichten.* Dazu merkt der Stadtchronist Debler verbittert an: *Nun kommt man auf den Einfall und will einen Steuerfuß nach dem Vermögen errichten bei einer Zeit, wo die meisten erschöpft und nahrungslos, wo keine Zahlung eingeht, wo keine Justiz, keine Ordnung ist, bei einer Zeit, wo es sehr gefährlich ist, ein vermögender Mann zu sein und zu dieser Zeit soll man sein Vermögen angeben?*

Quellen

Ratsprotokoll 1800
Auszüge aus: Dominikus Debler, Chronik V/2 zu 1800

Preise in Schwäbisch Gmünd im Jahr 1800 im Mittel (nach Dominikus Debler)

1 Pfund Butter: 24 Kreuzer
1 Pfund Schmalz: 28 Kreuzer
1 Maß Wein (= 1,83 l): 1 Gulden 12 Kreuzer bis 1 Gulden 20 Kreuzer
1 Gans: 1 Gulden
1 Ente: 48 Kreuzer
ein junges Huhn: 24 Kreuzer
1 Kilo Ochsenfleisch: 18 Kreuzer
1 Laib Brot (2½ Pfund): 22 Kreuzer

einhorn Jahrbuch
SCHWÄBISCH GMÜND 2000



Einhorn-Verlag Eduard Dietenberger GmbH Schwäbisch Gmünd

einhorn-Jahrbuch Schwäbisch Gmünd
27. Jahrgang / 2000
Gegründet von Eduard Dietenberger

Redaktion: Ulrich Stegmaier
Für Anzeigen verantwortlich: Gerhard Nagel
Gesamtherstellung: Einhorn-Druck GmbH Schwäbisch Gmünd

ISSN 0723-0877
ISBN 3-927654-84-1

BILDNACHWEIS

Archiv Einhorn-Verlag S. 6, 33, 35, 37, 39, 41, 91, 96, 99, 159, 161, 181, 205, 207, 209, 211
Stadt Schwäbisch Gmünd, Presseamt S. 9, 12, 13, 14, 15, 17, 19, 20, 22, 23, 24, 26, 27, 29, 30, 31
Stadtarchiv S. 45, 46–50 (Repro Michael Schwarz), 144, 145, 150, 155, 160
Museum für Natur & Stadtkultur S. 53, 54, 55, 56, 127, 129, 131, 132, 133, 134, 137, 138, 165
Hermann Hänle S. 58, 59
Archiv Staatliches Realschulseminar S. 63, 64
Schnappschuß GmbH S. 68, 72
Foto Schweizer S. 69, 73, 76
Privat S. 78, 79, 123, 147
Johannes Schüle S. 3, 81
Bauordnungsamt S. 166, 167
Theo Zanek S. 168, 169, 170
Ingrid Irion S. 175, 183, 189, 193, 196
Gerhard Nagel S. 202, 203, 204, 212, 216
Walter Laible S. 214

Umschlagfoto: Blick über das neuerbaute Kloster der Franziskanerinnen der ewigen Anbetung an der Bergstraße zu den die Altstadt überragenden Johanniskirche und Münster. Foto: Eduard Stanzel.